STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 6/10 / Fachbereich 6/10 - Planung und Liegenschaften

Sitzungsvorlage

Datum: 23.04.2007

Drucksache Nr.: **07/0196**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss	08.05.2007	öffentlich / Entscheidung

Betreff

8-streifiger Ausbau der A 59 zwischen Autobahndreieck Sankt Augustin und Autobahndreieck Bonn-Beuel

Beschlussvorschlag:

Der UPV nimmt die Vorstellung der Planung durch den Landesbetrieb Straßen NRW sowie die von der Verwaltung beim Beteiligungstermin am 22.03.2007 vorgetragene Position zur Kenntnis.

Problembeschreibung/Begründung:

Der Landesbetrieb Straßen NRW plant den Ausbau der A59 zwischen dem Autobahndreieck Sankt Augustin-West und dem Autobahndreieck Bonn-Beuel auf 8 Fahrspuren.

Bedingt durch die Verbreiterung, sind Eingriffe in die Wohnbebauung westlich der A59 in Meindorf erforderlich. Die betroffenen Anwohner wurden vom Landesbetrieb Straßen NRW persönlich angeschrieben und in einer Veranstaltung am 20.03.2007 über die Planungsabsichten informiert. Zu dieser Veranstaltung wurden auch nicht direkt betroffene Bürger zugelassen.

Am 22.03.2007 fand ein Beteiligungstermin beim Landesbetrieb Straßen NRW in Bonn statt. Bei diesem Termin hatte die Verwaltung Gelegenheit, eine erste Stellungnahme abzugeben.

Dabei brachte die Verwaltung zum Ausdruck, dass die Planung zur Leistungssteigerung der A59 grundsätzlich begrüßt wird, da mit dem Ausbau für den Siedlungsbereich deutlich spürbare Verbesserungen im Bereich des Lärmschutzes erreicht werden und in Zukunft nicht mehr mit den heute bei Stau auf der A59 erzeugten Schleichverkehren durch die Ortsteile Meindorf und Menden zu rechnen sei.

Es wurde allerdings auch die Frage aufgeworfen, ob der 8-streifige Ausbau tatsächlich notwendig sei und ob in der zu Grunde gelegten Verkehrsprognose 2020 der Rückgang der Bevölkerung nach dem höchsten Stand im Jahr 2015 berücksichtigt sei. Der Landesbetrieb sagte zu, entsprechende Unterlagen im Rahmen der Planfeststellung beizufügen.

Die Verwaltung sprach sich, wie bereits bei der Vorlage des Entwurfs zum 6-streifigen Ausbau, für eine trassennahe Anlage der Ausgleichflächen auf Flächen des Bundes aus und lehnte deshalb die bislang außerhalb des Stadtgebietes auf Bundesgrundstücken geplante Ausgleichmaßnahme ab. Stattdessen sprach sie sich aufgrund der Trennwirkung der Trasse für die bereits auch im Stadtentwicklungskonzept vorgetragene Idee einer Landschaftsbrücke über die Eisenbahnstraße sowie die A59 aus. Zur Finanzierung müssten allerdings alle Kräfte gebündelt werden und ein gemeinsames Vorgehen beim Ausgleich der S13, der A59 sowie des Bereiches „Menden Süd“ gefunden werden.

Im Rahmen des Beteiligungstermins wurden auch die Überlegungen zum Bau einer L16n als östliche Umgehung des Ortsbereichs von Meindorf als städtisches Ziel bekräftigt.

Die Verwaltung sprach sich im Zusammenhang mit dem Umbau der A59 und dem Bau der S13 für eine Erweiterung der bestehenden Landwirtschaftsbrücke im südlichen Ausbaubereich aus. Das Bauwerk könnte auch in der Bauzeit der A59 bei einer Sperrung der L16 für Umleitungsverkehre genutzt werden.

Abschließend teilte die Stadtverwaltung mit, dass sie die Eigentümer der vom Abriss bedrohten Hausgrundstücke bei der Durchsetzung ihrer Interessen und bei der Suche nach Ersatzgrundstücken zu unterstützen wird.

Um die politischen Mandatsträger der Stadt frühzeitig in das Planverfahren einzubinden, hat die Verwaltung den Landesbetrieb gebeten, die Planung im UPV vorzustellen. Diesem Wunsch ist der Landesbetrieb dankenswerterweise nachgekommen und stimmte einer Fristverlängerung für die städtische Stellungnahme zum Projekt vom 30.04. 2007 über den Sitzungstermin des UPV am 08.05.2007 hinaus zu.

Vertreter des Landesbetriebs werden dem Ausschuss in der Sitzung am 08.05.2007 die aktuelle Planung vorstellen und für Fragen zur Verfügung stehen.

In Vertretung

Rainer Gleß
Technischer Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen
 hat finanzielle Auswirkungen

Die Gesamtkosten belaufen sich auf €.

- Sie stehen im Verw. Haushalt Verm. Haushalt unter der Haushaltsstelle zur Verfügung.

- Der Haushaltsansatz reicht nicht aus. Die Bewilligung über- oder außerplanmäßiger Ausgaben ist erforderlich

Für die Finanzierung wurden bereits veranschlagt € , insgesamt sind €
bereitstellen. Davon im laufenden Haushaltsjahr €.